

Regierung muss für Schulen Luftfilter prüfen

Coronavirus Deutschland pumpt bereits Millionen in die Aufrüstung von Schulen mit Luftreinigungsanlagen, um das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Nun muss die Baselbieter Regierung prüfen, mit welchen Geräten sie in hiesigen Schulzimmern für «frische und virenfreie Atemluft» sorgen kann. Der Landrat überwies ein Postulat von Ernst Schürch (SP) knapp mit 42 zu 41 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Einstimmig fielen dagegen die Entschiede aus, mit einer Resolution und einer Standesinitiative Druck beim Bundesrat aufzubauen, damit die Schweizer Forschenden so schnell wie möglich wieder am Programm der EU «Horizon Europe» teilnehmen dürfen.

Weiter diskutierte der Landrat in erster Lesung über die Teilrevision der Verfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte betreffend Initiativen: Die 1500 Unterschriften für Initiativen im Baselbiet sollen innert 24 Monaten gesammelt werden müssen. Damit soll verhindert werden, dass Initiativen jahrelang liegen bleiben. Grünen-Landrat Bálint Csontos wollte die 24 Monate aus der Revision streichen und, wie bisher, auf eine Frist verzichten. Sein Antrag wurde jedoch mit 64:16 Stimmen abgelehnt. Ursprünglich hatte die Regierung eine Frist von lediglich einem Jahr vorgesehen. (mn/ksp)